Nr. 113 Dienstag, den 14. Mai 1918 32. Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark — — das Tausend ausschl. Postgebühren. — —

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 913

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Bahnhofstraße 13 — Fernruf

Ausbau des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn — 100stündige U-Boot-Unternehmung

Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl

Volles Einvernehmen — Ausbau und Vertiefung des Bundesverhältnisses.

(Amtliche Meldung.) Berlin, 13. Mai.

S. M. der Kaiser von Österreich und König von Ungarn hat am 12. Mai S. M. dem Kaiser und König im Großen Hauptquartier einen Besuch abgestattet. In der Begleitung Kaiser Karls befanden sich außer dem persönlichen Gefolge Sr. Majestät der Minister des Äußern Graf Burian, der Chef des Generalstabes Freiherr v. Arz und der K. u. K. Botschafter in Berlin Prinz zu Hohenlohe.

Von deutscher Seite nahmen an der Begegnung teil: der Reichskanzler, Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff, Staatssekretär v. Kühlmann und der Kaiserliche Botschafter in Wien, Graf v. Wedel.

Zwischen den hohen Verbündeten und ihren Ratgebern fand eine herzliche Aussprache und eine eingehende Erörterung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchien berühren. Hierbei ergab sich volles Einvernehmen in allen diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Die Richtlinien der in Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

In dem Gange der Besprechungen trat erfreulicherweise zutage, wie hoch von beiden Seiten das auch im Verteidigungskrieg so glorreich erprobte langjährige enge Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich bewertet wird.

Im Großen Hauptquartier.

Von wohlunterrichteter Seite in Berlin erfahren wir

Der Frieden von Bukarest war nur ein kurzer Ruhepunkt, kein Abschluß für die diplomatische Arbeit des Vierbundes. Kaum sind die Verträge, die unter seinem Namen zusammengefaßt werden, veröffentlicht worden, da gibt es im deutschen Großen Hauptquartier wieder ein bedeutsames Stelldichein. Kaiser Karl ist am Hoflager unseres Kaisers eingetroffen, begleitet von seinem neuernannten Ersten Oberhofmeister, von dem soeben zum ungarischen Grafen beförderten Minister des Auswärtigen Burian, und vom Chef des Generalstabes, dem Freiherrn v. Arz. Zu ihrem Empfang hatten sich auch der deutsche Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen bereits Ende der vorigen Woche an Ort und Stelle begeben. Man darf es als feststehend ansehen, daß nichts weniger als höfische Angelegenheiten diese Zusammenkunft herbeigeführt haben; es sollen, nachdem der Kriegszustand im Osten so gut wie beendet ist, neue Grundlagen für den Ausbau des Erreichten vereinbart werden. Die Kärrner werden, nach dem bekannten Sprichwort, wieder zu tun bekommen, da die Könige sich anschicken, zu bauen. Auch der König von Bayern ist ins Große Hauptquartier und an die Front abgereist, in Begleitung des Ministers des Äußern v. Dandl.

Zunächst wird es gelten, das in langer, mühevoller Arbeit Gewonnene zu befestigen. Einmal gegen störende Einflüsse von außen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Haltung Englands zu widmen sein, das keinen Augenblick zögern wird, da, wo es sich einen Erfolg versprechen zu können glaubt, als Verführer aufzutreten. So z. B. jetzt schon gegenüber Finnland. Die Londoner Regierung hat ihren Konsul in Helsingfors veranlaßt, dem finnländischen Senat einen ganz harmlos aussehenden Vorschlag zur Regelung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu unterbreiten. Danach soll Finnland Bürgschaften für die Aufrechterhaltung seiner — Neutralität bieten, den britischen Untertanen und Waren freies Durchgangsrecht nach Rußland zusichern und ihnen die Benutzung der finnischen Territorialgewässer gestatten. Die Gegenleistung soll in der vorläufigen Anerkennung der finnischen Selbständigkeit bestehen, während das endgültige Schicksal des neuen Staatswesens erst auf dem allgemeinen Friedenskongreß entschieden und besiegelt werden soll. An der Tatsache des Schutz- und Trutzbündnisses, das die finnische Regierung mit dem Deutschen Reiche abgeschlossen hat, geht also das stolze Albion mit völliger Nichtachtung vorbei, es ist nichts als Luft für die Herren in London, die offenbar noch immer an dem Wahn festhalten, daß in ganz Europa kein Stein zur Erde niederfallen darf, wenn sie nicht ihren Segen dazu geben wollen. Man denke: Finnland soll sich für neutral erklären in einem Augenblick, da die deutschen Hilfstruppen, denen es seine Befreiung verdankt, noch im Lande stehen, und da die Tinte, mit der seine Verträge mit Deutschland unterschrieben wurden, kaum schon trocken geworden ist! Ähnliche Zumutungen werden auch anderwärts nicht ausbleiben. Mit den baltischen Ländern hat England ja schon von jeher geliebäugelt; hier wird es allerdings, da der direkte Anschluß an Deutschland auf dem besten Wege ist, kein Glück mehr haben. Um so heftiger wird es sich um die Gunst der Ukrainer bemühen, während es die Verbearbeit um Polen in der Hauptsache wohl dem französischen Genossen übertragen wird. Hier allerdings ist der Boden so schwankend, daß bei Zeiten vorgebaut werden muß. Und wenn nicht alle Anzeichen täuschen, steht denn auch die polnische Frage bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier an erster Stelle. Sie hat, seitdem unsere Truppen in Warschau eingezogen sind, ihr Gesicht schon allzu oft verändert, als daß wir uns über die Unsicherheit der Stimmungen gar zu sehr wundern dürften. Hätten wir allein über die Zukunft des Polenreiches zu entscheiden, dann wären wohl manche Schwierigkeiten vermieden worden, die uns vielen Verdruß eingetragen haben. Aber nun wird es gelten im Verein mit unseren Bundesgenossen die richtige Lösung zu finden — und dann mit voller Klarheit und Entschiedenheit den Weg gehen, für den man sich entschlossen hat. Wenn irgendwo so muß an dieser Stelle den Intrigen der Westmächte der Zugang fest verstopft werden. Eher wird es im Osten keine Ruhe geben.

Mit der Polenfrage stehen dann auch zahlreiche Wirtschaftsinteressen in Zusammenhang, die für den Ausbau unseres Bundesverhältnisses mit Österreich-Ungarn von großer Bedeutung sind. Hier gibt es schwere, aber lohnende Arbeit zu tun, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sie im Geiste gegenseitigen Vertrauens geleistet werden wird. Zuletzt — aber durchaus nicht etwa als ein unwichtiger Gegenstand — wird die augenblickliche militärische Lage einer aufmerksamen Prüfung unterzogen werden. Auch in diesem Punkte dürfen wir uns auf die unverminderte Tragfähigkeit unseres Bundes verlassen. Solange Deutschland noch um sein Dasein zu kämpfen hat, kann und wird auch Österreich-Ungarn die Waffen nicht niederlegen.

Die preußische Wahlvorlagen.

3. Lesung im Abgeordnetenhause.

(148. Sitzung.) Berlin, 13. Mai.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt. Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews. Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der Präsident leider durch Krankheit verhindert ist, die Verhandlungen zu leiten.

Die Anträge.

Zur dritten Lesung liegen wieder zahlreiche Anträge vor. Die Fortschrittler und die Mehrheit der Nationalliberalen beantragen, die Regierungsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen. Beide Parteien haben auch ihre Anträge auf Einführung der Verhältniswahl in den großen Wahlbezirken und in den Ostmarken wieder eingebracht. Vom Zentrum liegen die Sicherungs-Anträge wieder vor. Weiter haben die Abgg. Dr. Lohmann, Flathmann, Fuhrmann und Haeuser einen Antrag eingebracht, wonach eine Zusatzstimme erhalten soll, wer 50 Jahre alt ist, wer 10 Jahre in einer Gemeinde wohnt, wer mehr als 10 Jahre als Beamter, als Mitglied einer Körperschaft des öffentlichen Rechts tätig war, und wer in einem Berufe selbständig tätig ist.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten soll zunächst eine allgemeine Aussprache stattfinden. Dann soll über die ersten Artikel des Verfassungsgesetzes beraten werden, ferner über die Sicherungen, sodann über die Zusammensetzung des Herrenhauses, weiter über die Wahlen zum Abgeordnetenhause und schließlich über die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes. Darauf soll eine Gesamtabstimmung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung erfolgen.

Allgemeine Besprechung.

Abg. Dr. Porsch (Zentr.): Es ist nicht möglich, irgend etwas Neues zu sagen. Wir wollen daher nur unsere Abstimmung rechtfertigen. Wir sind in den letzten Wahlkampf mit der Erklärung eingetreten, daß wir die Notwendigkeit einer Reform unseres Wahlrechts anerkennen. Auf diesem Standpunkt stehen wir noch heute. Redner wirft einen Blick auf die bisherige Geschichte des Wahlreformgedankens und fährt fort: Wir waren bereit, auf dem Boden des gleichen Wahlrechts zu einer Verständigung mit einer möglichst großen Mehrheit dieses Hauses und mit der Regierung zu gelangen. Wir werden auch in Zukunft dazu bereit sein. Da sich nicht übersehen läßt, ob bei einer Änderung des Wahlrechts im Sinne des gleichen Wahlrechts nicht unter Umständen radikale Mehrheiten in dieses Haus einziehen werden, mußten wir uns die Frage der Sicherung der Grundlagen des Staates vorlegen. Daraus sind die

Sicherungsanträge

entstanden. Die Abänderung dieser Bestimmungen, die früher in etwas anderer Form in der Verfassung standen, soll an eine Zweidrittel-Mehrheit gebunden sein. Eine derartige Bindung ist nichts Unerhörtes. Wenn Sie jetzt die Vorlage des gleichen Wahlrechts ablehnen, dann ist diese Vorlage aus der Welt geschafft, aber die Verhältnisse, die die Einbringung der Vorlage gezeitigt haben, sind nicht aus der Welt geschafft. Über kurz oder lang wird das Haus in die Notwendigkeit versetzt sein, das gleiche Wahlrecht anzunehmen, mag man das jetzt wollen oder nicht.

Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.): Die grundsätzliche Stellungnahme aller meiner politischen Freunde ist in der zweiten Lesung zum Ausdruck gekommen. Wir haben daran nichts zu ändern. Von wenigen Einzelheiten abgesehen, werden wir auch in dieser Lesung

für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen.

Wir sind, wie ich in der vorigen Lesung schon gesagt habe, nach wie vor bereit, an einer Verständigung auf der Grundlage des Mehrstimmenrechts mitzuarbeiten, um ein positives Resultat aus dieser ganzen gesetzgeberischen Aktion herbeizuführen, vorausgesetzt, daß sich diese Versuche im Rahmen des für unsere Auffassung Erträglichem und des nach unserer Auffassung für das Land Nützlichem bewegen. Eine solche Grundlage können wir allerdings in dem Antrag Lohmann nicht erblicken.

Abg. Ludewig (natl.): Wir werden für die vom Zentrum gestellten Sicherungsanträge stimmen und zwar unsere ganze Fraktion. (Bravo.) Die Majorität, für die ich spreche, tut das in der Erwartung und Hoffnung, daß dadurch das Zustandekommen des gleichen Wahlrechts noch in diesem Hause gefördert werden und dadurch das Land im gegenwärtigen Augenblick vor einer Neuwahl bewahrt wird. Dem in der zweiten Lesung abgelehnten Antrag Lohmann konnten wir nicht Folge geben, weil er den von mir angedeuteten Rahmen verließ, dasselbe gilt von dem neuen Antrag Lohmann zum Pluralwahlrecht.

Abg. Dr. Lüdicke (frk.): Wir haben vorläufig keinen Grund, von unserer Stellungnahme in der zweiten Lesung abzugehen. Unsere endgültige Stellungnahme zu den Sicherungsanträgen behalten wir uns vor, bis im Hause eine Einigung über § 3 stattgefunden hat. Alle Sicherungen haben nur bedingten Wert. Wir stimmen für Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse zu § 3. Der Antrag Lohmann kann die Brücke zu einer Verständigung zwischen der Staatsregierung und uns bilden. (Hört, hört! links.) Wenn die Regierung verhandeln will, sind wir zur Prüfung bereit.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.): Wir lehnen die Sicherungsanträge der Zentrumspartei auch in dritter Lesung ab. Eine Begründung dafür halten wir nach dem, was wir erst vor wenigen Tagen darüber gesagt haben, nicht mehr für erforderlich. Jetzt ist keine Zeit für Worte mehr, das Land will eine Entscheidung haben. Wir werden den Wahlkampf im Lande selbst ertragen ohne sonderliche Erschütterung. In den Augen des Auslandes aber ist dieser Wahlkampf nur ein Beweis überlegener Stärke des preußischen und deutschen Volkes.

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Jeder, der die Fähigkeit und den Willen hat, gerecht zu urteilen, kann nicht verkennen, daß mein Antrag ein Entgegenkommen gegen die Vorlage der Staatsregierung bedeutet. Die besondere Zusatzstimme für die Vollendung des 50. Lebensjahres ist ein starkes Entgegenkommen gegen die Gefühle der großen Volksmenge. Im Lande draußen marschiert der Gedanke des gleichen Wahlrechts. (Hört, hört! links.) Das sage ich als ungebeugter Gegner dieses gleichen Wahlrechts, der in seiner Widerstandskraft nicht geschwächt ist. Man müßte blind und taub sein, wenn man die Tatsache bestreiten wollte. (Hört, hört! links.) Kommt es zu einer Auflösung oder Neuwahl, so wird eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht hier einziehen. Wir werden für den Antrag stimmen, werden dann die Regierungsvorlage ablehnen, werden aber auch die Kommissionsbeschlüsse der zweiten Lesung ablehnen. (Beifall links und hört, hört!) Ich hoffe, daß aus den Verhandlungen doch noch etwas zum Wohle unseres Vaterlandes brauchbares herauskommt. (Beifall.)

Staatsminister Dr. Friedberg:

Die Regierung hat schon bei der ersten Lesung mehrfach ausgesprochen, daß sie geneigt wäre, auf Vermittlungsvorschläge einzugehen, die sich im Rahmen des gleichen Wahlrechts halten. Sie hat deshalb auch den Sicherungen, die von einer großen Partei des Hauses vorgeschlagen sind, ihre Zustimmung erteilt.

Bei der Prüfung des Antrags Lohmann muß ich sagen, daß er mir nicht den beabsichtigten Zweck zu erfüllen geeignet erscheint. Über die Altersstimmen ließe sich vielleicht noch reden. (Hört, hört!) **Da handelt es sich um ein Moment, das sich vielleicht noch auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durchführen läßt. Bei den anderen Vorschlägen habe ich Bedenken.**

So sehr ich anerkenne, daß der Antrag von dem Bestreben zu einer Verständigung ausgegangen ist, so außerordentlich leid tut es mir zu erklären, daß er mit den Grundlagen des gleichen Wahlrechts nicht vereinbar ist.

Heute ist der Tag, wo jeder sich mit seinem Gewissen nach der einen oder anderen Seite hin entscheiden muß. Da muß ich fragen, ob es nicht wünschenswert wäre, nach irgendeiner Richtung hin seinem Gewissen etwas abzuzwingen (Unruhe rechts), wenn wir die Folgen überdenken, die die Ablehnung der Regierungsvorlage nach sich zieht. Es ist ein Irrtum, wenn man denkt, mit der Ablehnung sei die Sache abgetan. Das ist nur die Exposition, das eigentliche Drama folgt erst nach. (Beifall im Zentrum und links).

Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Braun (Soz.), Dr. Mehring (U.-Soz.) und Korfanty (Pole) wird zur Abstimmung geschritten.

Die Sicherungsanträge des Zentrums werden mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Darauf wird die Vorlage über die Zusammensetzung des Herrenhauses gegen die Stimmen der Fortschrittler, der Polen und der Sozialdemokraten en bloc angenommen.

Weiterberatung morgen.

Gestiegene Aussichten auf eine Verständigung.

* Köln, 14. Mai. Die K. V. schreibt: Wenn nicht alles täuscht, sind nach der gestrigen Lesung die Aussichten auf eine Einigung gewachsen. Die Regierung hat im letzten Augenblick sachliches Entgegenkommen gezeigt, indem sie eine Mehrstimme nicht mehr grundsätzlich ablehnt. Friedberg hat die Altersstimme angenommen. Damit hat sich die Regierung auf den Weg begeben, der zur Verständigung führen kann. Die Verständigung wird nicht morgen kommen, nicht bei der ersten Abstimmung der dritten Lesung. Sie wird vielleicht erst im Herrenhause Wirklichkeit werden und bei der Wiederholung der Abstimmung der dritten Lesung auch im Abgeordnetenhause eine Mehrheit finden. Heute dürfte voraussichtlich alles fallen, sodaß nur noch Ueberschrift und Einleitung ans Herrenhaus gehen, genau so, wie 1909 bei dem damaligen vergeblichen Versuch der Wahlrechtsverständigung.

Feindliche Flugzeugverluste im April.

Lebhafte Kämpfe im Westen.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 13. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kemmelgebiet hielt lebhafte Artillerietätigkeit in Verbindung mit örtlichen Infanteriegefechten an. Auch in den übrigen Kampfabschnitten lebte sie am Abend vielfach auf. Im Ancre-Tale südwestlich von Albert wurde ein englischer Teilangriff abgewiesen. An vielen Stellen der Front setzte der Feind seine Erkundungsvorstöße fort. Bei ihrer Abwehr machten wir mehrfach Gefangene.

Im April beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 15 Fesselballone und 271 Flugzeuge, von denen 122 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 123 Flugzeuge und 14 Fesselballone verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

•

wtb. Berlin, 13. Mai, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

•

Französische Rache.

Der Kriegsberichterstatter des „Temps", Antraygues, meldet unter dem 4. Mai: Gefangene von drei deutschen Maschinengewehrabteilungen wurden in Cabaret Brulog bei Scharpenberg von französischen Grenadieren in einem mit Stroh bedeckten Gebäude lebendig verbrannt, weil sie nicht loyal gekämpft hätten.

Die Schwäche der amerikanischen Rüstung.

Nach Berichten Londoner Blätter hat die britische Heeresleitung auf eine Anfrage geantwortet, sie würde vorziehen, die Front im Westen mit den eigenen britischen Truppen so lange zu halten, bis ein großes, ausgebildetes amerikanisches Heer zur Stelle sei, anstatt kleine amerikanische, mangelhaft ausgebildete Truppenabteilungen unter die britischen Truppen einzureihen.

Die amerikanische Anfrage zeigt, wie es um die Rüstungen dieses Bundesgenossen steht. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Schaffung einer Fünfmillionenarmee außerordentlich schwierig, ihr Transport nach Europa aber und ihre Verpflegung dort bei den heutigen Schiffsraumverhältnissen geradezu unmöglich ist.

•

Drei russische Großfürsten in deutscher Hand.

Der ehemalige russische Oberbefehlshaber gefangen.

Auf einem Landgute in der südlichen Krim sind die Kaiserinwitwe Maria Feodorowna, der Großfürst Nicolaus Nicolajewitsch sowie die Großfürsten Peter Nicolajewitsch und Alexander Michailowitsch in deutsche Gewalt gefallen.

Sie lebten dort seit Ausbruch der russischen Revolution in der Verbannung unter Bewachung einer Abteilung von 25 Matrosen, völlig abgeschnitten von der Außenwelt. Die neuen Machthaber in Rußland dürften froh darüber sein, auf diese Weise der Verantwortung für Leben und Sicherheit dieser hervorragenden Mitglieder des ehemaligen russischen Kaiserhauses überhoben zu sein. In welcher Weise die deutsche Regierung mit den Gefangenen



Melde mich zur Stelle!

verfahren wird, steht vorläufig noch dahin. Besondere Genugtuung wird es jedenfalls in Deutschland hervorrufen, daß auch der ehemalige Oberbefehlshaber der russischen Armeen, der Großfürst Nicolaus Nicolajewitsch, jetzt in unserer Hand ist.

Der U-Boot-Krieg.

Eine 100stündige U-Boot-Unternehmung.

Berlin, 13. Mai.

Amtlich wird gemeldet: Eines unserer in Flandern stationierten U-Boote, unter dem Kommando des Oberleutnant zur See Lohs, hat neuerdings während einer 100stündigen Unternehmung im östlichen Teil des Kanals bei schärfster feindlicher Gegenwirkung 7 bewaffnete Dampfer mit zusammen 22 500 Br.-Reg.-To. versenkt, darunter 2 wertvolle mit mehreren Geschützen bewaffnete, 5000 Br.-Reg.-To. große Schiffe. Die Dampfer waren, mit einer Ausnahme, tiefbeladen, und zwar, wie aus dem Ort der Versenkungen mit Sicherheit geschlossen werden kann, vorwiegend mit Kriegsmaterial für den Feind.

Die Unternehmung des bewährten Kommandanten stellt eine hervorragende Leistung dar.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Der Mangel an Schiffsraum.

Wie sehr England unter dem U-Boot-Krieg leidet, darüber unterrichtet uns Churchill wieder einmal in einer am 24. April im Unterhaus gehaltenen Rede mit folgenden Worten: „In diesem Jahre hätten 30 % mehr Granaten und die dazu gehörigen Geschütze angefertigt werden können, wenn nur genügend Schiffsraum vorhanden gewesen wäre."

Der Untergang der „Vindictive" vor Ostende.

Eine Untersuchung des bei der britischen Unternehmung gegen Ostende querab von der Hafeneinfahrt versenkten englischen Kreuzers „Vindictive" ergab, daß das britische Schiff nicht mit Zement beladen gewesen und nicht von der eigenen Besatzung gesprengt worden ist. Es ist vielmehr unter der Wirkung unseres Geschützfeuers untergegangen. Die englische Darstellung des angeblichen „Erfolges" wird damit endgültig Lügen gestraft.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ In Warschau fanden in diesen Tagen unter Vorsitz des Verwaltungschefs Exzellenz Steinmeister Beratungen in der Frage der Übergabe der Verwaltung in polnische Hände statt. Das Ergebnis der Beratungen war folgendes: Gewisse Zweige der Verwaltung können den polnischen Behörden gleich nach Erlangung der Genehmigung der Zentralbehörden der Okkupationsmächte in Berlin und Wien übergeben werden. Andere, welche sich grundsätzlich schon jetzt zur Überweisung eignen, bedürfen der Besprechung der Einzelheiten, welche in besonderen Kommissionsberatungen erfolgen soll. Andere wieder werden erst mit dem Augenblicke der Übernahme der gesamten Verwaltung durch die polnischen Behörden übergeben werden können.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

12. Mai. Am Westufer der Avre entwickeln sich heftige Kämpfe. — Im Luftkampf werden 19 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

13. Mai. In mehreren Kampfabschnitten der Westfront lebhafte Artillerietätigkeit. — Der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten beträgt im April 15 Fesselballone und 271 Flugzeuge.

Rußland.

× Auf Grund der allgemeinen Amnestie vom 1. Mai wurde eine große Zahl der in den Gefängnissen befindlichen politischen und Kriminalverbrecher befreit. In Petersburg wurden die früheren Minister des Regimes der Romanow und Kerenskis in Freiheit gesetzt, ausgenommen die wegen Hochverrats und Betrugs verurteilten. Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow erfuhr von seiner Befreiung an dem Tage, an welchem er aus dem Gefängnis beurlaubt werden sollte, Purischkewitsch und die anderen Teilnehmer an dem Anschlage gegen die Sowjets sind in Freiheit gesetzt worden; im ganzen haben 200 Personen, welche wegen politischer und strafrechtlicher Vergehen verurteilt worden waren, an diesem Tage die Kasematten verlassen.

Amerika.

× Der Kampf gegen das Deutschtum in den Vereinigten Staaten nimmt immer schroffere Formen an. Ein großer Teil der Presse fordert einstimmig die Einführung eines Gesetzes, durch das der Gebrauch der englischen Sprache allen amerikanischen Bürgern zur Pflicht gemacht werden soll. Diese Agitation richtet sich gegen die Deutschamerikaner. Die deutsch-amerikanischen Zeitungen werden allgemein boykottiert. Die letzte deutsche Zeitung in Brooklin hat ihr Erscheinen eingestellt.

× In Newyork fand eine Massenkundgebung der Iren statt, die einen ausgesprochen englandfeindlichen Charakter trug. Die einstimmig angenommene Entscheidung bittet Wilson und den Kongreß um Unterstützung des irischen Volkes, das gegen die Wehrpflicht kämpfe, um der Ausrottung seiner Rasse vorzubeugen. Nach der Versammlung marschierte eine größere Menge, mit einer irischen Pfeiferkapelle an der Spitze, durch die Straßen unter den Rufen: „Zur Hölle mit den britischen Mördern!"

Aus In- und Ausland.

Berlin, 13. Mai. Auf ein Huldigungstelegramm der aus Rußland vertriebenen Reichsdeutschen hat Kaiser Wilhelm in einem Telegramm geantwortet, in dem er die Hoffnung ausspricht, daß die Auslandsdeutschen infolge des Krieges mit der Heimat innig verwachsen sein werden.

Kiel, 13. Mai. Geheimer Justizrat Professor Albert Hänel, Staatsrechtslehrer an der Kieler Universität, Ehrenbürger der Stadt Kiel, langjähriges Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses und Führer des Liberalismus in Schleswig-Holstein, ist in Kiel im Alter von fast 85 Jahren gestorben.

Dresden, 13. Mai. Justizminister Dr. Nagel ist an den Folgen einer plötzlichen Halserkrankung gestorben.

Dresden, 13. Mai. Die Einführung eines staatlichen Kohlenregals ist nunmehr gesichert, da die voneinander abweichenden Beschlüsse beider Ständekammern ausgeglichen sind.

Bukarest, 13. Mai. Einem Königlichen Erlaß zufolge soll das Gebiet des Donaudeltas eigene Verwaltung erhalten.

Christiania, 13. Mai. Die Regierung hat die Ausfuhr aller Waren (mit Ausnahme von Fischen) ohne Erlaubnisschein verboten.

Christiania, 13. Mai. Der schwedische Telegrammspion Gustav Loeving, der der französischen Regierung von Stockholm und Kopenhagen aus Abschriften von Chiffretelegrammen der Mittelmächte verkaufte, wurde hier zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er norwegische Telegraphenboten bestechen wollte.

Kiew, 13. Mai. Herr Dobry, das verhaftete und später wieder befreite Mitglied des deutsch-ukrainischen Finanzausschusses, ist jetzt zum Vorsitzenden des ukrainischen Finanzkomitees, das ist zum ukrainischen Finanzminister, ernannt worden.

Hinter Wolken leuchtende Sterne.

Original-Roman von **Carl Schilling**.

33) (Nachdruck verboten.)

Der Besuch des Studienrates war für den Leidenden doch anstrengender gewesen, als er selbst glaubte. Sein geschwächter Körper verlangte Ruhe, und so kam es, daß er, während ihn die Weihnachtsglockenklänge sanft umschwebten, bald in leichten Halbschlummer sank. Aber die Gedanken zogen ihre Kreise auch im Schlafe unbemerkt weiter. Ihn deuchte, er stünde bei Fiedlers im Salon und betrachtete die herrliche Reproduktion der Sixtinischen Madonna. Je länger sein Blick auf dem reinen Antlitz ruhte, desto vertrauter und lieber erschienen ihm die Züge. Und die Gestalt wuchs und wuchs. Jetzt trat sie aus dem dunklen Rahmen heraus und schritt auf ihn zu, lodernder Glanz umleuchtete sie. Eine Milde und Hoheit ging von ihr aus, daß der Träumende die Knie vor ihr beugte.

Da fühlte er ihre weiche Hand segnend auf seinem Haupte, und als er ihr den Blick zuwandte, wußte er: es war seine Else. Wie damals, als er das erste Mal das Geheimnis ihrer Rätselaugen gewahrte, so schaute sie ihn jetzt an: gläubig, vertrauend, hoffend. Deutlich vernahm er von ihren lächelnden Lippen das Wort: „Du Armer, siehst Du denn die Sonne nicht?" Während sein Blick ihrer weisenden Hand folgte, verschwand sie, aber dort, wo sie gestanden, stieg die Sonne empor mit einem Lichte, daß er geblendet die Augen schließen mußte.

Ein feines Geräusch weckte ihn aus seinem holden Traum. Und siehe, auch die Wirklichkeit war schön.

Schwester Alma hatte behutsam seinen Tisch in die Mitte geschoben und eine weiße Serviette darüber gebreitet. Nun stellte sie ein niedliches Tannenbäumlein darauf. Wiewohl es nur sechs Lichte trug, und als einziger Schmuck ein verblaßter Engel auf seiner Krone schwebte, es stimmte doch weihnachtlich. Leise spielte dazu die Schweizer Spieldose die alte und doch ewig schöne Melodie des Liedes:

„O du fröhliche, o du selige,
gnadenbringende Weihnachtszeit!"

Eine weiche Stimmung, wie in all' den Wochen nicht, überkam Helmer. Zum erstenmal regte sich in ihm die alte Willenskraft wieder. Gute und edle Vorsätze glühten in ihm auf und gipfelten in dem einen heißen Wunsche: sühnen und schaffen!

XI

„O frage nicht, was werden wird,
Geh' deine Straße unbeirrt
Und spende Dank dem Weltengeist,
Daß du, was deiner harrt, nicht weißt."

Der scharfe Duft vom Grasschnitt erfüllte die Luft, und wiewohl die Sonne noch lange nicht gesunken war, stiegen schon aus den feuchten Niederungen und morastigen Sümpfen, die das elende Fabrikdorf Bristitz in so großer Anzahl umlagen, weißliche Nebel, breiteten sich aus und zogen in wechselnden, spukhaften Formen über die armseligen Lehmhütten, um in jahrelanger Heimtücke alles zu vergiften, was von Natur nach Luft und Licht sich sehnt. Selbst die Blumen schienen zu fühlen, welchen Gifthauch ihre feinen Blattlungen einatmen mußten. Müde und verstaubt hingen die blaßblauen Blüten der Wegzichorie herab, und glanzlos und kümmerlich starrten die winzigen Beutel des Hirtentäschel zur Erde.

Jetzt zerriß ein langer, greller Pfiff die Stelle. Feierabend! Die ausgefahrene, vernachlässigte Dorfstraße belebte sich. Aus dem rußigen gestreckten Rohbau mit den düsteren Fenstern und den drei mächtigen Schloten schritten die Arbeiter, die Werkleute der harten Faust. Finst. und bleich ihr Gesicht, keine Spur von Feierabendglück auf ihren versorgten Mienen! Die Kleidung schmutzig, zerrissen, die Haltung schlaff, der Gang lässig!

Wo sich die Straße gabelt, gingen sie mit kargem Gruße auseinander. Der eine Weg führte am Schulhause vorbei. Im kleinen Garten, hinter der Dornenhecke, stand der Schulmeister des Dorfes, damit beschäftigt, aus einem Versuchsbeete Unkraut zu jäten.

Ein schmerzlicher Zug ging über sein Gesicht, als die finsteren Gestalten an ihm vorüberzogen und die meisten nur mürrisch und verdrossen das kurze Grußwort murmelten. O könnte er ihnen helfen, ihnen Licht in ihre Hütte, Sonne in ihr Leben, Frieden in ihr Herz tragen, dann wäre sein Leben reich und köstlich gewesen!

Seufzend wandte er sich nach dem Hofe. Seit zwei und ein halb Jahr wirkte er nun schon unter ihnen, und ach! oft wollte er verzagt die eifrige Hand sinken lassen, wenn Mißerfolg auf Mißerfolg die einzigen Früchte seines Schaffens waren.

Der Schulmeister von Bristitz bot dem Beobachter einen interessanten Anblick! Er war keiner von den Dutzendmenschen, die man, kaum gesehen, schon wieder vergessen hat. Das Leben hatte ihn gezeichnet. Hinter seiner hohen Stirn mußten eherne Gedanken walten. Die tiefen Furchen erzählten, daß Schmerz und Kampf seine Genossen waren, und die silbergraue Färbung des Haars über den Schläfen verriet, wie ihm das Schicksal zugesetzt hatte. Hart und knochig waren seine Gesichtszüge, Zeichen der Entbehrung und Kasteiung.

Dr. Helmer, der Schulmeister von Bristitz! Allerdings, den Doktortitel sargte er schon längst ein in das große Grab der Vergessenheit.

(Forts. folgt.)

Reichseinkommensteuer in Sicht.

Mehrheitsantrag im Hauptausschuß.

Berlin, 13. Mai.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages teilte der Abg. Müller-Fulda mit, dem Reichstage sei ein Antrag zugegangen auf Erhebung einer Steuer, die im Gegensatz zu den Verbrauchs- und Verkehrssteuern die leistungsfähigeren Schultern trifft. Der Antrag ist das Ergebnis von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien stattgefunden haben. Er hat folgenden Wortlaut:

I. Kriegsabgabe vom Einkommen.

1. Die Abgabe wird erhoben von den natürlichen Personen mit einem Jahreseinkommen von mindestens 20 000 Mark. Die Abgabe wird nicht erhoben, soweit dieselbe einen Betrag übersteigt, durch den das Jahreseinkommen nach Abzug der Abgaben unter 20 000 Mark sinken würde.

2. Das Einkommen der Ehegatten ist zusammenzurechnen und vom Ehemann einheitlich zu versteuern, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben.

3. Gewährt der Abgabepflichtige Kindern auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1601 bis 1615) Unterhalt, so ermäßigt sich die Abgabe für das dritte und jedes weitere minderjährige Kind um 5 % ihres Betrages, jedoch nicht um mehr als 5000 Mark für ein Kind.

4. Unverheiratete Abgabepflichtige und verheiratete, kinderlose Abgabepflichtige haben eine angemessene Erhöhung der Abgabe zu entrichten.

5. Die Abgabe ist in durchgestaffelten Steuersätzen zu erheben, beginnend mit 3 % für die ersten 30 000 Mark Einkommen, abschließend mit 20 % als Höchststaffel.

6. Im übrigen sind die Bestimmungen des Landesgesetzes über die Einkommensteuer für die Bemessung der Kriegsabgabe und das bei der Feststellung und Erhebung der Steuer einzuhaltende Verfahren maßgebend. Die Feststellung des Einkommens für die Einkommensteuer bildet zugleich die Grundlage der Feststellung des Einkommens für die Kriegsabgabe.

7. In den Bundesstaaten, in denen eine Einkommensteuer nicht besteht, trifft die Landesregierung die Vorschriften über die Ermittlung des Einkommens.

II. Eine erhöhte Kriegsabgabe

wird erhoben von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit erzielten Einkommen.

1. Maßgebend ist das Mehreinkommen gegenüber der letzten Friedensveranlagung. Auf Antrag des Abgabepflichtigen tritt an Stelle der letzten Friedensveranlagung das festgestellte durchschnittliche Einkommen der Jahre 1912, 1913 und 1914.

2. Die Steuersätze für die Einkommenvermehrung sind durchzustaffeln, beginnend mit 5 % für die ersten 30 000 Mark Mehreinkommen, abschließend mit 50 % als Höchststaffel.

III. Als Ergänzungsabgabe

wird eine Abgabe vom Vermögen erhoben.

1. Abgabepflichtig ist ein Vermögen im Mindestbetrag von 20 000 Mark.

2. Die Abgabe ist in durchgestaffelten Steuersätzen zu erheben, beginnend mit 1 ‰ für Vermögen bis zu 100 000 Mark und abschließend mit 3 ‰ als Höchststaffel.

3. Für die Bemessung der Abgabe wird zugrunde gelegt die Feststellung des Vermögens, welche für die Besitzsteuern Reichsgesetz vom 3. Juli 1913) auf 31. Dezember 1916 erfolgt ist. Einer besonderen Vermögensfeststellung bedarf es nur, wenn eine Vermögensfeststellung für die Besitzsteuern auf 31. Dezember 1916 nicht erfolgt oder nachträglich eine wesentliche Änderung des Vermögensstandes eingetreten ist; in diesen Fällen wird das Vermögen auf 31. Dezember 1917 festgestellt.

IV. Zuständig zur Feststellung

und Erhebung der Kriegsabgabe vom Einkommen und Vermögen sind die Landesbehörden, die zur Feststellung und Erhebung der Besitzsteuer berufen sind.

Erklärungen der Regierung.

Zu seinen Aufstellungen über die wahrscheinlichen Steuererträgnisse teilte Reichsschatzsekretär Graf Roedern noch mit, die neuen indirekten Steuern würden in diesem Jahre noch nicht viel bringen, besonders, da in den Kommissionen noch Abstriche gemacht worden seien, von denen er allerdings annähme, daß in den zweiten Lesungen manche noch wieder rückgängig gemacht werden würden. Glücklicherweise fänden die Ausfälle an indirekten Steuern Deckung in den Ergebnissen der Kriegssteuer. Die 5,7 Milliarden Mark als Ergebnis der Kriegssteuer würden hoffentlich einen Übergang in das Finanzjahr 1919 ohne rechnungsmäßiges Defizit ermöglichen.

Preußischer Finanzminister Hergt führte aus, daß die Einzelstaaten bei den vorliegenden Steuervorlagen mit der Reichsregierung völlig einig gehen. Tatsächlich haben die Einzelstaaten bereits großes Entgegenkommen gezeigt. Aber sie brauchen Bewegungsfreiheit, weil sie die Besitzsteuer selbst notwendig brauchen. Erst wenn die Gesamtsteuerreform gekommen sein wird, ist die Zeit da für die Lösung der Besitzsteuerfrage. **Für den Herbst ist eine Kriegsgewinnsteuer der Einzelpersonen in Aussicht genommen.** Man spricht immer nur von den großen Vermögen und darf doch nicht vergessen, daß man die kleineren und mittleren Vermögen auch nicht übergehen darf. Man muß auch, wenn man von Leistungsfähigkeit spricht, an den gesunkenen Geldwert und ferner daran denken, daß die Vermögen bereits erheblich herangezogen worden sind. Das Vermögen, das da ist, läuft nicht weg. Es handelt sich nur um eine zeitliche Verschiebung bis zum Herbst.

Deutscher Reichstag.

(164. Sitzung.) CB. Berlin, 13. Mai.

Der Haushaltsplan der Marineverwaltung wird zu Ende geführt. Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses auf Schaffung von Beamten- und Angestelltenausschüssen bei den Marinebetrieben. Ferner wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, daß die den Angestellten in den Marinebetrieben für ihre Mehrleistung zustehenden Pauschalsätze auf die Kriegsteuerungszulagen nicht angerechnet werden. Abgelehnt wird ein Antrag, der die gestrichenen fünf Intendanturräte wiederherstellen will. Es folgt die Beratung des

Haushaltsplans des Reichsschatzamts.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (natl.) schlägt eine von allen Parteien unterstützte Entschließung vor, den Kriegsteilnehmern von 1870/71 und vorangegangener Feldzüge, die einen Ehrensold von 150 Mark erhalten, eine einmalige außerordentliche Zuwendung aus Reichsmitteln zu gewähren.

Abg. Bärwinkel (natl.) verlangt Einziehung der unansehnlich gewordenen Darlehnskassenscheine.

Abg. Werner-Hersfeld (Dtsch. Frak.) bedauert, daß die Gewährung von höheren Teuerungszulagen an die Reichsbeamten am Widerstand Preußens gescheitert ist.

Abg. Vogtherr (Soz.) führt Beschwerde über den unzulässigen Druck, der auf Arbeiter, Soldaten und Schulkinder zur Zeichnung von Kriegsanleihe ausgeübt wird.

Nach weiterer kurzer Debatte wird die Entschließung Schoenaich-Carolath einstimmig angenommen. Der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds wird auf Antrag des Abg. Graf Westarp von der Tagesordnung abgesetzt.

Frei willst du sein, mein Volk — wohlan es sei!
So hör' des Vaterlandes notgebornen Schrei:
Reck' aus dein Gold zu Panzern, Stahl u. Eisen —
Frei wird dein Adler durch die Zukunft reisen!

Die hiesige Goldankaufstelle befindet sich im Rathause und ist jeden Mittwoch von 3—6 Uhr geöffnet.

Abg. Dr. Belzer (Zentr.) begrüßt den neuen Staatssekretär und dankt seinem Amtsvorgänger. Angesichts der Geldentwertung müssen die Geldstrafen wesentlich erhöht werden. Die Autorität der Gerichte muß gehoben werden, im besten durch Zuziehung von Laienrichtern, auch in Zivilstrafsachen. Dem Kriegswucher muß mit allen Mitteln zu Leibe gegangen werden.

Abg. Heine (Soz.): Es ist eine undankbare Aufgabe, jetzt über Rechtspflege zu sprechen. Der Glaube an das Recht ist zerstört im kleinen wie in der hohen Politik. Die neuen Verordnungen versperren nur den Rechtsweg. Die Pfändbarkeitsgrenze muß erhöht werden, damit die Unterstützungen von Kriegsteilnehmern und Kriegshinterbliebenen unpfändbar sind.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Die Referendare und Assessoren im Felde müssen für den Zeitverlust entschädigt werden. Die Kriminalität der Jugendlichen und ihre stetige Zunahme ist das traurigste Kapitel des Krieges. An Stelle des Strafrichters muß mehr wie bisher das Vormundschaftsgericht treten. Die Generalkommandos haben mit ihren vielen Verordnungen meist nichts erreicht als Schikanen des Publikums. Die Lehrer müssen wieder zu den Schülern kommen, statt daß sie, wie bis jetzt, im Feld oft zu ganz nebensächlichen Dingen verwendet werden.

Abg. Strack (Hosp. der Nationallib.): Die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen muß zu verstärkten erzieherischen Maßnahmen führen. Kinder unter 14 Jahren sollten nicht auf die Anklagebank kommen.

Staatssekretär Dr. Krause dankt für die allseitige freundliche Begrüßung. Das Reichsjustizamt habe ein gewaltiges Arbeitsfeld. Es dürfe keine trockene rein juristische Behörde sein. Dem Anwaltsstand müsse weiter geholfen werden. Das Gesetz wegen der Anwalts-Gebühren könne kein endgültiges sein. Die gesetzliche Regelung stoße aber auf Schwierigkeiten. Es sei eine große Rechtsreform jetzt nicht möglich. Die Vorarbeiten seien aber im Gange. Die Reform der Gesetzgebung sollte der Reichstag in Form eines Initiativantrages anregen. Der neue Strafrechtsentwurf werde demnächst der öffentlichen Kritik übergeben werden können.

Weiterberatung Dienstag.

Keine Haarspalterei

Klare Worte zur Aktion Erzbergers.

Die K. V. macht in ihrer heutigen Morgenausgabe folgende Feststellungen:

Wesentlich bei dieser Aktion Erzbergers ist die Tatsache, daß ein Antrag vorlag, geschrieben von der Hand des Abg. Frhr. von Rechenberg, der nach dem Stand der voraufgegangenen Verhandlungen im Hauptausschuß ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung und gegen den Reichskanzler in sich schließen mußte.

Wesentlich ist ferner die Tatsache, daß der Abg. Erzberger eine Rede von solcher Schärfe gegen die Regierung und damit gegen den Reichskanzler und die Oberste Heeresleitung hielt, daß sie die peinlichste Ueberraschung nicht nur bei den anderen Parteien, sondern selbst bei den Mitgliedern des Zentrums, die in der Kommission waren, weckte.

Wesentlich ist, daß der Antrag des Zentrums ursprünglich von den Freisinnigen mitgemacht worden war, aber angesichts des scharfen heftigen Vorstoßes Erzbergers gegen die Regierung und gegen den Reichskanzler in seiner Rede diese Unterstützung von den Freisinnigen zurückgenommen wurde.

Wesentlich ist, daß Vizekanzler von Payer in der Rede Erzbergers und in dem Antrag des Zentrums eine Aktion gegen die Regierung erblickte, daß er danach seine Haltung einrichtete und daraus seine Konsequenzen ziehen wollte.

Wesentlich ist ferner, daß der Abg. Erzberger seinen Vorstoß gegen den Reichskanzler und gegen die Oberste Heeresleitung in solcher Schärfe unternehmen konnte, ohne daß vorher die Fraktion über diese Art der Vertretung der „Richtlinien" verständigt war.

Tatsache ist, daß der Führer der Fraktion, der Abg. Gröber, Bedenken gegen den Antrag äußerte, daß er trotz der vorangegangenen Ankündigung durch Erzberger, die Einbringung verhinderte, als er von dessen Rede Kenntnis erhielt. Es bleibt also als wesentliche Tatsache bestehen, daß der ungewöhnlich scharfe Vorstoß Erzbergers, der in seinen weiteren Konsequenzen zum Rücktritt des Kanzlers und zu scharfen politischen Krisen hätte führen müssen, wenn er nicht im letzten Augenblick verhindert worden wäre, allein auf die Verantwortlichkeit des Abg. Erzberger fällt.

Alles andere sind Haarspaltereien, auf die wir uns nicht einlassen. Für uns handelt es sich um die Frage, wie es möglich war, daß in diesem Augenblicke, bei den jetzigen militärischen und politischen Verhältnissen der Abg. Erzberger es unternehmen konnte, durch seine Rede und seinen Antrag gegen den Reichskanzler und gegen die Oberste Heeresleitung eine politische Krisis herauf zu beschwören. Darauf verlangt man im Lande draußen eine klare Antwort; denn die Zentrumswähler im Lande ertragen nicht länger mehr derartige Sonderaktionen Erzbergers.

•

Zur Erklärung des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages schreibt die „Ess. Volksztg.":

„Die Erklärung des Vorsitzenden der Zentrumspartei nehmen wir mit der respektvollen Loyalität entgegen, die wir dem hoch verehrten Herrn Abgeordneten Gröber schuldig sind. Das darf uns aber nicht hindern, freimütig auszusprechen, daß wir deshalb nicht veranlaßt werden können, irgendwelche Revision an den Auslassungen vorzunehmen, die wir über das Verhalten des Abg. Erzberger gemacht haben. Das Vertrauen der Essener sozialdemokratischen „Arb.-Ztg." mag Herr Erzberger besitzen, das unsere hat er in Bezug auf sein Verhalten gegenüber dem Reichskanzler Grafen Hertling nicht. Nach wie vor sind wir bei den näheren Umständen, die den Vorstoß im Hauptausschuß begleiteten, der Ueberzeugung, daß es sich bei dem Abg. Erzberger im letzten Grunde um eine Aktion gegen den Grafen Hertling gehandelt hat."

Die „Voss. Ztg." bemerkt dazu:

„Aus der Gegenüberstellung der beiden Veröffentlichungen ergibt sich ohne weiteres, daß die Mitteilung des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion keineswegs ein vollkommen klares Bild gibt. Denn wenn der Abg. Erzberger an Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei herangetreten ist, so muß mindestens die Absicht vorgelegen haben, einen Antrag zu formulieren."

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 15. Mai.

Sonnenaufgang	5^{08}	Mondaufgang	9^{26} V.
Sonnenuntergang	8^{44}	Monduntergang	—

1818 Schauspieler Bogumil Dawison geb. — 1862 Schriftsteller Artur Schnitzler geb. — 1879 Architekt Gottfried Semper gest. — 1881 Dichter und Bühnenleiter Franz v. Dingelstedt gest. — 1916 Beginn der österreichisch-ungarischen Offensive in Südtirol. — 1917 Der italienische Ansturm an der Isonzofront wird mit Erfolg zurückgewiesen.

□ **Unsinnige Gerüchte.** Es ist begreiflich, daß in den Zeiten der höchsten Spannung, während der Schlachten, die über Sein oder Nichtsein von Nationen entscheiden, die Erregung die Urteilskraft weiter Volkskreise trübt. So ist es möglich, daß allerhand Gerüchte meist höchst törichter Art aufschwirren und auf jeden Fall, sei es durch übertriebene Siegesmeldungen, sei es durch ungünstige Angaben, Unruhe hervorrufen. Gerüchte werden immer hier und dort von Mund zu Mund gehen, dafür sind wir eben schwache Menschen. Sehr bedenklich aber ist es, daß Gerüchte von solch unglaublicher Bösartigkeit und Unsinnigkeit entstehen können, wie das von den Zehntausenden von ertrunkenen deutschen Soldaten, die im Westen infolge der Durchstechung einzelner Dämme durch die Engländer umgekommen sein sollen, ein so hartnäckig auftretendes Gerücht, daß sogar der amtliche Apparat dagegen mobilgemacht werden mußte. Wer den Wahnwitz dieser „Gerüchte" geglaubt hat, sollte vor seiner eigenen Leichtgläubigkeit entsetzt sein. Wer es aber weiterverbreitet hat, soll sich sagen, daß er sich an seinem eigenen Vaterlande schwer versündigt hat und daß er direkt für die Feinde gearbeitet hat. Statt gedankenlos nachzuschwatzen, hätte er sich bei einiger Überlegung sagen können, daß so etwas überhaupt einfach unmöglich ist, noch dazu bei der Umsicht, mit der unsere Oberste Heeresleitung ihre Operationen durchführt. Dieser unglaubliche Fall wird aber hoffentlich jedem einzelnen Gelegenheit zu innerer Prüfung geben und ihn in Zukunft veranlassen, erst den gesunden Menschenverstand sprechen zu lassen, und dann noch überdies jedes „soll" mit ablehnendem Argwohn zu betrachten.

Paderborner Stadtchronik.

— Der Sommerfahrplan tritt mit Mittwoch in Kraft. Wir werden einen sehr übersichtlichen und soweit dies heute nur möglich erscheint, genauen Wandfahrplan mit allen Zugverbindungen nach Münster, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Kassel, Hannover, Hildesheim, Herford, Holzminden und Bielefeld in den ersten Tagen erscheinen lassen. Unsere Leser werden denselben als Pfingstgabe mit der Samstagsnummer erhalten. Für Nichtabonnenten ist der Fahrplan in unserer Geschäftsstelle in den nächsten Tagen zu haben.

):(Eine große Geheimschlächterei wurde kürzlich im nahen Sande entdeckt und aufgehoben. Die Angelegenheit wird seit Wochen hier viel besprochen und das teils in übertriebener Weise, weil die Behörde auch in diesem Falle davon absah der Presse den Sachverhalt mitzuteilen. Weshalb die Schuldigen, die sich so schwer an die Allgemeinheit versündigten, und die teils ihr Amt und ihre Vertrauensposten so sehr mißbrauchten, schonen und der Oeffentlichkeit die Tatsachen vorenthalten? Das Gegenteil wäre richtig und würde, weil abschreckend wirkend, somit der Allgemeinheit nützlich sein. Auch in diesem Falle sind Leute im „bunten Rock" stark an den Verstößen beteiligt. Wenn man bedenkt, daß über 90 Häute von Großvieh gefunden wurden, kann man sich ungefähr einen Vers davon bilden, um welche Vieh- und Fleischmengen die Allgemeinheit hier betrogen wurde. Dazu kommt, daß diese Geheimschlächtereien nicht „allein auf weiter Flur" stehen. Wenn es sich auch in den meisten Fällen nur um ein oder wenige Stück Groß- oder Kleinvieh handeln mag, im Gesamten stellen auch diese heimlichen Schlachtungen eine große Menge dar. Das Fleisch wird zumeist zu Wucherpreisen an und durch den Schleichhandel abgesetzt. So schwer es die Einzelfälle zur Rechenschaft zu ziehen, so notwendig erscheint dies in Fällen, in denen so rücksichtslos verfahren wird, wie dies in Sande gewesen sein soll. Auch hier wurde das Fleisch meist „verschoben". Durch die Abschlachtung so großer Mengen Vieh leidet nicht nur die allgemeine Fleischversorgung, sondern auch die bei uns im Argen liegende Milchversorgung. Auch von diesem Gesichtspunkte aus verdienen die Uebeltäter einen gehörigen Denkzettel. Anderseits scheint es wohl am Platze zu sein, wenn auch die Militärbehörde ein wachsames Auge auf diese unwürdigen Inhaber von Vertrauensposten hat. In einer Zeit, in der es notwendig wurde den Frauen und Kindern jedes Ei und jedes Pfund Kartoffeln abzunehmen, daß sie sich mühsam „erhamstert" haben, sollte für die wirklichen und solche Großschädlinge der Volkswirtschaft weder Platz und Rücksicht vorhanden sein.

Im neuerrichteten Soldatenheim im Hotel Wiethaup sollen auf Veranlassung des Garnisonkommandos für die Soldaten und Verwundeten auch Aufklärungsvorträge abgehalten werden. Die Reihe dieser Vorträge wurde am Sonntagabend durch einen Vortrag „über die militärische Lage" eröffnet. Die Rede fand eine aufmerksame und dankbare Zuhörerschaft.

(!) Das Schwanenpaar der warmen Pader erhält wieder Zuwachs. Möge sich das Brutgeschäft ohne jegliche Störung und mit gutem Erfolge vollziehen.

— Ihre Beförderung erhielten: zum Oberleutnant Leutnant Frhr. v. Harthausen (8. Husaren); zum Leutnant die Vizefeldwebel Drüner und Blömecke aus Paderborn.

Herzliche Bitte!

Seit Bestehen des Vaterländischen Frauenvereins ist es eine unserer schönsten Aufgaben gewesen,

Wäschegegenstände für Neugeborene und Wöchnerinnen

anzufertigen und an Bedürftige zu verschenken; es war uns seit längerer Zeit unmöglich, Erstlingswäsche abzugeben, da es an Stoffen fehlt. Neuerdings kommen nun dringende Bitten um Windeln, Tücher und Jäckchen. Ermutigt durch die Erfolge in anderen Städten, richten wir an die Frauenwelt Paderborns die herzliche Bitte, durch Hergabe gebrauchter älterer Wäschestücke uns in den Stand zu setzen, diesen überaus dringlichen Bedürfnissen nachzukommen. Es gibt in der Stadt noch so manche Haushaltung, wo altes Leinen, Frottierstoffe, Baumwollstoffe, alte Kinderwäsche, alte Hand- und Bettücher oder Kissenbezüge zu finden sind. Oeffnet die Schränke und gebt uns in dieser Zeit der großen Not von euern Beständen. Das Geschenkte soll unter sachkundiger Leitung ausgebessert, zugeschnitten und zu Erstlingswäsche verarbeitet werden. Alle, die geneigt sind, unsere Bitte zu erfüllen, mögen recht bald das uns Zugedachte in geschlossenem Paket, am besten mit Inhaltsverzeichnis und Namen, in der Kaffeestube Kampstraße 10 bei Frl. Baumhoer abgeben; der allerherzlichste Dank soll jeder Geberin zuteil werden.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins
Zweigverein Paderborn
Marie Kroenig. Luise v. Laer.

Von Nah und Fern.

— ✕ **Münster**, 12. Mai. Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten fand hier am Mittwoch eine Versammlung zur Bildung eines Ortsverbandes des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur statt, die sehr gut besucht war. Den Vorsitz des Ortsverbandes übernahm Oberbürgermeister Dieckmann, stellv. Vorsitzender ist Prof. Dr. Schwering, Schriftführer Dr. Castelle. Oberbürgermeister Dieckmann teilte mit, es werde voraussichtlich möglich sein, im nächsten Winter das Stadttheater wieder mit eigenem Ensemble zu eröffnen. Auch der Bau des neuen Stadttheaters werde erfolgen, sobald normale Verhältnisse eingetreten sind.

⊙ Wald, 9. Mai. Die Unterschlagungen bei der Walder Ortskrankenkasse haben einen weit größeren Umfang als zuerst angenommen wurde. Der Vorstand hat bisher festgestellt, daß der Rendant Schrievers die Kasse in den letzten Jahren um etwa 20 000 Mark geschädigt hat, abgesehen von den Veruntreuungen des Gehilfen Bauermann, der sich schon in den nächsten Tagen vord er Elberfelder Strafkammer verantworten muß.

+ Cleve, 1.1 Mai. Um der Verwahrlosung der Jugend wirksam entgegentreten zu können, hat sich der Bürgermeister Dr. Wulff in einem Aufruf an die Bürgerschaft mit der Aufforderung gewandt, ehrenamtlich mit der überlasteten Behörde gemeinschaftlich die Beaufsichtigung der Jugendlichen zu übernehmen.

⊶ Kreuznach, 12. Mai. Bei der kürzlichen Weinversteigerung der Königl. Preußischen Domäne Niederhausen-Schloßböckelheim a. d. Nahe wurden bei 58 Nummern 1917er bis zu 24 200, 26 100, 27 200, 28 000, 44 599, 53 839 und 58 119 Mark für das Stück (1200 Liter) erzielt, ein ganz ungeheuerlicher Preis. Das ist die Flasche aus erster Hand nur 35 Mark. Da das Gelände dieser Domäne vor 10 Jahren noch zumeist Waldgestrüpp und Felsengestein darstellte, das Zuchthäusler in langjähriger harter Arbeit urbar machten, hat der Staat hier wohl die lohnendste Zuchthausarbeit geliefert bekommen. Versteigerte die Domäne doch für 583 000 Mark 1917er Weine. Angesichts solcher Preise sollte man eigentlich glauben, die Abwälzung der Weinsteuer auf den Konsum erübrige sich. Ja, die armen Winzer!

+ Düsseldorf, 9. Mai. Der Kaufmann Isidor Landau von hier wurde von der hiesigen Strafkammer wegen übermäßiger Preissteigerung beim Verkaufe einer von ihm hergestellten Suppenwürze zu 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Erzeugnis enthielt 98 Prozent Wasser und geringste Mengen Nährstoffe, der Verkaufspreis betrug bei einer täglichen Herstellung von 1000—1500 Liter und einem Tagesverdienst von 250 Mark für das Liter 2.15 Mk. Wie Stadtchemiker Dr. Loock (Düsseldorf) als Gutachter bekundete, seien Fabriken, die derartige „Ersatzstoffe" herstellen, seit Kriegsbeginn wie Pilze aus der Erde geschossen.

* Köln, 9. Mai. Die Kaiserglocke hat von ihrem 540 Zentnergewicht einen wesentlichen Teil zum Opfer gebracht. Nach fünfwöchentlicher anstrengender Arbeit ist es gelungen, den unteren Rand vom Mantel zu sprengen. Dieser Teil wird in einzelne Stücke zerlegt und dann herunter gelassen. Ehe der ganze Koloß heruntergeschafft ist, dürfte der Sommer sich zur Abreise gerüstet haben.

✕ Opladen, 9. Mai. Für den Landkreis Solingen wird die Fleischmenge in den nächsten Wochen auf 150 Gramm für den Kopf herabgesetzt; es soll dafür die Fettmenge um 25 Gramm für die Woche erhöht werden.

Vermischtes.

Verhütung von Waldbränden. Die bestehende Frühjahrstrockenheit macht Waldbrände besonders gefährlich, zumal Hilfskräfte zur Eindämmung des Feuers jetzt nur schwer rasch zu beschaffen sind. Nicht selten wird in den Mitteilungen die Schuld beschäftigungslos sich im Walde aufhaltenden, auch rauchenden Schulkindern beigelegt. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Nachrichten zutreffen. Jedenfalls ist es aber dringende Pflicht der Schulaufsichtsbehörde und der Lehrerschaft, die Schulkinder umgehend auf die Gefahren solcher Waldbrände hinzuweisen, ihnen die äußerste Vorsicht ans Herz zu legen, den Gebrauch von Streichhölzern, das Feueranlegen und das Rauchen aufs strengste zu untersagen, damit nicht die Forstverwaltungen in die Notwendigkeit versetzt werden, den Schulkindern den Zutritt zum Walde oder seiner Umgegend auch in Ausübung der vielfachen Sammeltätigkeit gänzlich zu verbieten.

Versicherung gegen Beschießungen. Das französische Regierungsblatt veröffentlicht ein Dekret des Arbeitsministers, das den Höchstsatz der Prämien bei Versicherungen gegen Beschießungen in Frankreich und in Algerien für die Dauer eines Jahres festsetzt. Der Satz für 1000 Frank versicherten Kapitals beträgt in der ersten Zone (25 Kilometer von der Front), wenn es sich um Vermögensschäden handelt, bei Beschießungen durch Flugzeuge 100 Frank, bei Beschießungen durch Kanonen 120 Frank, und wenn die Versicherungsgesellschaft für alle Schäden ohne Ausnahme haften soll, 150 Frank. In der zweiten Zone (50 Kilometer von der Front) lauten die entsprechenden Prämiensätze 50 Frank, 30 Frank und 60 Frank; in der dritten Zone (100 Kilometer von der Front) 5 Frank, 2 Frank und 6,50 Frank; in der vierten Zone (150 Kilometer von der Front) 3 Frank, 2 Frank und 4,25 Frank. Über 150 Kilometer hinaus wird keine Versicherung angenommen. Für Paris und das Seine-Departement gelten besondere Sätze. Neben den Versicherungen gegen Sachschäden gibt es Versicherungen gegen körperliche Schäden. Auch hier sind die Sätze in gleicher Weise (Zonen, Art der Beschießung usw.) abgestuft.

○ **Zur Ludendorffspende für Kriegsbeschädigte** haben neuerdings je 100 000 Mark gezeichnet: Gerresheimer Glashüttenwerke, Buderussche Eisenwerke, Blohm u. Voß, Hamburg, Deutsche Gasglühlicht A.-G. (Auergesellschaft), Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg, Eisenhüttenwerk Thale, Eisenwerk Maximilianshütte, Rosenwerk in Bayern, Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke A.-G., Hochofenwerk Lübeck, Kronprinz A.-G. für Metall-Industrie, Münchener Rückversicherungsgesellschaft, Rüttgers-Werke.

○ **Schlagwetterexplosion in einer Zeche.** Durch eine Schlagwetterexplosion wurden in der Zeche Nordstern bei Horst vier Bergleute getötet und mehrere verletzt.

⊙ **Beschießung von Paris und Versicherungsgesellschaft.** Wie französische Blätter melden, rückversichern die französischen Versicherungsgesellschaften einen Teil der durch das deutsche Bombardement von Paris entstehenden Schäden bei schweizerischen und spanischen Gesellschaften und diese wieder einen Teil des Risikos bei deutschen Gesellschaften, so daß zum Schluß deutsche Gesellschaften teilweise die Schäden, die deutsche Geschütze und Luftschiffe verursachen, bezahlen.

○ **Goldschmuggel nach Polen.** Von der Kriminalpolizei in Beuthen sind in einem Eisenbahnzug ein Mann und zwei Frauen, die über 22 000 Mark gemünzten Goldes in französischen, belgischen und schweizerischen Münzen nach Polen schmuggeln wollten, festgenommen worden. Das Gold, das die festgenommenen Personen in Berlin gekauft haben wollen, wurde beschlagnahmt.

⊙ **Gesunkener Dampfer.** Der norwegische Dampfer „Fjeld" ist an der südamerikanischen Küste mit einem englischen Dampfer zusammengestoßen und gesunken. Die Besatzung ist gerettet.

○ **Pilzvergiftung.** In Schlochau (Westpreußen) starb eine Frau nach dem Genuß von Morcheln; zwei andere Frauen sind lebensgefährlich erkrankt.

○ **Eine buddhistische Hochschule in Schwabing.** Ein Chemnitzer Industrieller hat zur Gründung einer religionswissenschaftlichen Hochschule neuer buddhistischer Richtung in Schwabing 8 Millionen Mark gestiftet.

Letzte Nachrichten.

Die Bildung einer Roten Armee.

Berlin, 13. Mai. **Aus Großrußland ist ein verstümmelter Funkspruch eingetroffen, aus dem hervorgeht, daß die Sowjetregierung gezwungen ist, zu ihrer Stärkung eine Rote Armee unter Leitung von ehemaligen Kaiserlichen Offizieren aufzustellen. Die Enteignung der Kapitalisten und des Grundbesitzes sei bisher noch nicht durchgeführt, da die bisher angewandte Regierungsgewalt zu weich gewesen sei. Die Roten Gardisten sollen abgeschafft werden. Ob diese Bestrebungen Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht erkennen.**

England an der Kandare.

Stockholm, 13. Mai. **Der Schwiegersohn des ehemaligen russischen Ministerpräsidenten Stolypin, Herr v. Brock, erklärt, England sei bereits im März oder Oktober 1917 zum Friedensschluß bereit gewesen, davon aber durch den Widerstand Amerikas, das den Verlust seiner der Entente gegebenen Gelder befürchtet habe, abgehalten worden.**

Die Friedensaussichten

sind zweifellos durch die Ereignisse der letzten Monate ganz bedeutend gewachsen. Wer dies nicht glauben will, wer über den Ausgang des Krieges noch im Zweifel ist, braucht nur einen Blick auf die Kursbewegung im neutralen Ausland zu werfen. Er wird dann finden, daß das deutsche Geld seit Dezember fortgesetzt gestiegen ist, während gleichzeitig die Valuta unserer Feinde beharrlich zurückgeht. Diese Tatsache, vereint mit dem überwältigenden Ergebnis der 8. Kriegsanleihe und dem Friedensschluß in Bukarest, erlaubt einen sicheren Schluß auf die kommende Hochkonjunktur, auf die unbegrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten, welche der Friedensschluß für uns eröffnen wird. Millionen schlummern im Schoße der nächsten Zukunft für jeden unternehmenden und wohlunterrichteten Deutschen — auch für Sie! Was der Krieg Ihnen nahm, wird Ihnen der Frieden hundertfach wieder hereinbringen, wenn sie nur die Zeitlage klug ausnützen. Wie dies unfehlbar zu erreichen, lehrt Ihnen unser neues hochaktuelles Werk: „Der Erwerbsbegründer". In dritter, erweiteter und völlig neubearbeiteter Auflage bietet es eine bewährte Sammlung von über 1000 Rezepten, Fabrikationsgeheimnissen und Anleitungen zu Betriebsmöglichkeiten aus dem ertragreichsten Erwerbsleben der Gegenwart. Das Werk kostet franko 10 Mark gegen Nachnahme, und muß der Betrag als mäßig bezeichnet werden, wenn man erwägt, daß jetzt einzelne Rezepte um diesen Preis verkauft werden. Versand nur durch den Reform-Verlag „Selbsthilfe" Dr. Mirwald, München-Schwabing, Postscheckkonto München 9830. „Das Buch ist nicht zehn, sondern mehr wie hundert Mark wert!" schreibt ein Bezieher. Bei sofortiger Bestellung nebst Voreinsendung gewähren wir 10 % Rabatt.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.

VII. Armeekorps
Stellvertr. Generalkommando
Abt. IaR Va Nr. 3705.

Bekanntmachung.

Immer wieder gehen von militärischen Dienststellen und kriegswirtschaftlichen Betrieben, die dringende Aufträge im Heeresinteresse auszuführen haben, Klagen darüber ein, daß einzelne Versender

a) Wagen, die ihnen von der Eisenbahnverwaltung zur Beförderung bestimmter dringend benötigter Güter bevorzugt gestellt worden sind, zu anderweitigen Zwecken verwenden,

b) Wagen, die sie beladen erhalten haben, nach Entladung ohne Einverständnis der Eisenbahn wieder beladen.

Ein solches Verfahren widerspricht den Interessen der öffentlichen Sicherheit. Gemäß § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und § 1 des Abänderungsgesetzes vom 11. Dezember 1915 verbiete ich hiernach, daß der Versender die ihm für bestimmte Sendungen von der Eisenbahnverwaltung überwiesenen Eisenbahnwagen ohne Genehmigung der Eisenbahnverwaltung für andere Sendungen verwendet oder für ihn beladen eingegangene Wagen ohne Zustimmung der Eisenbahnverwaltung wieder belade. Verstöße hiergegen werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafen bestimmen, mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Münster, den 3. Mai 1918.

Der kommandierende General:
Freiherr v. Gayl.

VII. Armeekorps.
Stellv. Generalkommando.
Abt. Id Nr. 3884.

Münster, im Mai 1918.

Bekanntmachung.

Die großen Kämpfe im Westen stellen an die Leistungen der Pferde des Feldheeres die gewaltigsten Anforderungen.

Die Durchführung der militärischen Operationen ist in Frage gestellt, wenn nicht ausreichend

Hartfutter

(Hafer, Mais sowie Mengkorn,

soweit es nicht aus Gerste oder Brotgetreide besteht), beschafft wird.

An alle Landwirte, Händler, Pferdehalter usw. auf dem Lande und in den Städten richte ich deshalb die dringende Mahnung, alles noch irgendwie entbehrliche Hartfutter mit größter Beschleunigung den Proviantämtern abzuliefern oder anzubieten.

Ich bin mir des großen Opfers bewußt, welches in der Erfüllung dieser Mahnung liegt.

Das ungewöhnlich frühe Einsetzen des Grünfutters macht manchen Zentner Hartfutter für die Ablieferung frei.

Für allen Hafer, der als Saathafer angeboten wird und als solcher abgenommen werden kann, soll ein Preis von 400 bis 450 Mark für die Tonne gezahlt werden. Andererseits werden diejenigen, welche ablieferungspflichtige Futtermengen verheimlichen, damit rechnen müssen, daß ihnen ihre Vorräte rücksichtslos und ohne jede Entschädigung weggenommen werden.

Ich vertraue auf die Einsicht und die Vaterlandsliebe der Bevölkerung und bin überzeugt, daß sie ihre Pflicht erfüllen wird.

Der kommandierende General:
Frhr. von Gayl,
General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Polizeiverordnung für die Provinz Westfalen vom 30. Juli 1901, betreffend die

Bullenkörung

wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Termine zur Körung der Zuchtbullen für dieses Jahr wie folgt festgesetzt sind:

1.	Dienstag,	den	21.	Mai	vorm.	9	Uhr Paderborn
2.	„	„	21.	„	„	10½	„ Neuhaus
3.	„	„	21.	„	nachm.	2	„ Marienloh
4.	„	„	21.	„	„	4	„ Lippspringe
5.	Mittwoch	„	22.	„	vorm.	9	„ Dörnhagen
6.	„	„	22.	„	„	11	„ Kirchborchen
7.	„	„	22.	„	nachm.	1	„ Nordborchen
8.	„	„	22.	„	„	3	„ Alfen
9.	Donnerstag,	„	23.	„	vorm.	9	„ Dahl
10.	„	„	23.	„	„	11	„ Buke
11.	„	„	23.	„	mittags	12	„ Altenbeken
12.	„	„	23.	„	nachm.	3	„ Neuenbeken
13.	Freitag	„	24.	„	vorm.	9	„ Ostenland
14.	„	„	24.	„	„	11½	„ Stuckenbrock
15.	„	„	24.	„	nachm.	2½	„ Hövelhof
16.	Samstag	„	25.	„	vorm.	9½	„ Lippling
17.	„	„	25.	„	„	11	„ Delbrück
18.	„	„	25.	„	nachm.	1	„ Hagen
19.	„	„	25.	„	„	2	„ Westenholz

Die Bullenhalter werden aufgefordert die anzukörenden Bullen zu dem anberaumten Termine pünktlich vorzuführen und bezüglich der bereits angekörten Bullen gleichzeitig auch die Deckscheine zum Termin mitzubringen.

Die Tiere müssen mit Nasenring versehen sein widrigenfalls sie von der Körung ausgeschlossen werden können. Vorsitzender der Körkommission ist der Ökonom **B. Coprian** zu Paderborn, Pohlweg Nr. 1.

Paderborn, den 10. Mai 1918.

Der Kreisausschuß des Kreises Paderborn.

In Lippspringe ein
Haus
mit mehreren Zimmern und mit oder ohne Inventar zur Haltung von Kurgästen zu
mieten gesucht.
Gefl. Angebote unter L 83 an die Geschäftsstelle des Lippspringer Anzeigers in Paderborn erbeten.

Truppen-Theater Sennelager.
Direktor v. Basüneller.
Mittwoch, den 15. Mai
7.45 Uhr
Wie fesle ich meinen Mann
Ein fröhliches eheliches Kampfspiel in 3 Akten von H. Sturm.
Nach Schluß Straßenbahn nach Neuhaus und Paderborn.

Bekanntmachung.

Da die Lieferpflicht des Kreises **Paderborn** an Heu und Stroh für die Heeresverwaltung noch nicht voll erfüllt worden ist, mußte auf Grund meines Rundschreibens an die Gemeindevorsteher vom 3. 5. 1918 — Nr. 581 VII — und des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. 6. 1873 die Verpflichtung zur Gestellung von Gespannen für die Zwangsabfuhr angeordnet werden. Ich fordere daher nochmals dringend diejenigen Landwirte, die noch mit

Heu- u. Stroh-Ablieferung

im Rückstande sind, oder die entbehrlichen Mengen zurückhalten, auf, die Ablieferung sofort restlos vorzunehmen, wenn die sehr erheblichen Unkosten erspart bleiben sollen.

Die von dem Königlichen Proviantamt Paderborn für die Ernte 1917/18 ausgestellten Ablieferungsscheine von Heu und Stroh sind innerhalb 8 Tagen für die Stadt Paderborn an das Landratsamt, für die Gemeinden an die Herren Gemeindevorsteher abzuliefern. Auf der Rückseite des Scheines ist die genaue Adresse (Familien- und Vorname, Wohnort, Hausnummer) des Ablieferers zu setzen.

Paderborn, den 13. Mai 1918.

Der Landrat.

Habe größeren Posten
Bohnenstangen
abzugeben.
Conrad Lütkemeier,
Lippspringe, Detmolderstr. 14
Telefon 110.f

Landwirte und Fuhrunternehmer!
Wagenfett — Lederfett — Maschinenöl
in gut. Qualität eingetroffen empfiehlt
Wilh. Rux, Driburg.

Einfaches
Fräulein oder Mädchen
in allen Hausarbeiten sowie im Kochen erfahren für kl. bess. Haushalt in angenehme Stelle gesucht. Wasch- und Putzfrau vorhanden.
Frau A. Gartzen,
Brühl b. Cöln,
Clemens-August-Straße 56.

Steckbrief.

Gegen den unten Beschriebenen, der sich verborgen hält ist die Untersuchungshaft wegen Vergehens gegen § 13 des Hilfsdienstgesetzes vom 15. Dezember 1916 begangen zu Paderborn verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern sowie die Akten 1 J 274/18 sofort Mitteilung zu machen.

Personbeschreibung.

1. Familienname: Müller
2. Vornamen: Hans,
3. Spitzname: Hanse,
4. Stand und Gewerbe: Bürogehilfe,
5. Alter: 18 Jahre,
6. Geboren am 5. Februar 1900 zu Paderborn,
7. Letzter Aufenthalt: München,
8. Jetziger Aufenthalt: unbekannt,
9. Größe: 1.70—1.75,
10. Gestalt: schlank,
11. Haar: dunkel-blond,
12. Bart: ohne,
13. Gesicht: blaß, mager und verlebt,
14. Stirn: hoch,
15. Auge: blau,
16. Augenbrauen: bogenförmig,
17. Nase: gewöhnlich,
18. Ohren: mittel,
19. Mund: groß,
20. Kinn: spitz,
21. Hände und Füße: mittel,
22. Gang u. Haltung: schnell und tritt kurz ab. Haltung etwas gebückt,
23. Sprache: nur Deutsch, helle Stimme,
24. Besondere Kennzeichen: keine,
25. Bekleidung: blauer Anzug, schwarzer weicher Filzhut, Schnürschuhe.

Paderborn, 10. Mai 1918.

Der Königliche Erste Staatsanwalt.